

Kleine Anfrage

der Abg. Stephan Braun und Peter Hofelich SPD

IM Rechtsextreme Musikveranstaltungen

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über die rechtsextremistischen Musikveranstaltungen in Albershausen (Landkreis Göppingen) Ende Februar 2008, in Schorndorf-Weiler (Rems-Murr-Kreis) am 7. März 2008 und in Stuttgart-Ost am 8. März 2008 vor?
2. Wer war Veranstalter dieser Konzerte, welche Bands sind dort aufgetreten und welche Erkenntnisse liegen dem Verfassungsschutz über Veranstalter und Bands, speziell über die Bands „Sturmpropheten“ und „Weissgluht“ vor?
3. Haben weitere Musikveranstaltungen mit rechtsextremistischem Hintergrund im laufenden Jahr 2008 in Baden-Württemberg stattgefunden und falls ja: welche Bands waren beteiligt und wie viele Zuhörer nahmen an den Konzerten teil?
4. Waren die „Jungen Nationaldemokraten“ an der Organisation dieser Konzerte beteiligt?
5. Ist es zutreffend, dass weder Polizei noch Ordnungsämter über die Durchführung der Veranstaltungen in Stuttgart-Ost und Schorndorf-Weiler informiert waren und falls ja: wie erklärt die Landesregierung diese Tatsache und welche Konsequenzen zieht sie daraus?
6. Teilt die Landesregierung die Ansicht, dass angesichts dieser Vorfälle eine Verbesserung des Frühwarnsystems für rechtsextremistische Musikveranstaltungen erfolgen muss und falls ja: wie will die Landesregierung diese konkret umsetzen?
7. Wie will die Landesregierung zukünftig weiteren Veranstaltungen dieser Art begegnen und wie will sie sicherstellen, dass es im Zuge solcher Veranstaltungen nicht zu einer akuten Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung kommt?

8. Wie beurteilt die Landesregierung die Entwicklung der rechtsextremen Musikszene in Baden-Württemberg insgesamt?
9. Welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen für Polizei und Behörden, solche Veranstaltungen zu verhindern, wenn sie in privaten Räumlichkeiten stattfinden oder wenn der Veranstaltungsort kurzfristig verlegt wird?
10. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über ein Zentrum der „Jungen Nationaldemokraten“ im Raum Stuttgart/Esslingen/Göppingen?

Stuttgart, 12. März 2008

Stephan Braun und Peter Hofelich SPD

Begründung:

Presseberichten zufolge haben in diesem Jahr bereits mehrere rechtsextremistische Konzertveranstaltungen stattgefunden, ohne dass die Polizei und die zuständigen Behörden im Voraus darüber informiert waren.

Wie die Massenschlägerei von etwa 40 Beteiligten nach dem Konzert am 8. März 2008 im Stuttgarter Osten zeigt, besteht bei derartigen Veranstaltungen eine akute Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Vor diesem Hintergrund und ob der Tatsache, dass verstärkt rechtsextremistische Gruppierungen die Musikszene instrumentalisieren, um ihre verfassungsfeindlichen Inhalte in die Bevölkerung zu tragen, sind die polizeilichen Möglichkeiten zur Verhinderung solcher Aktivitäten darzulegen